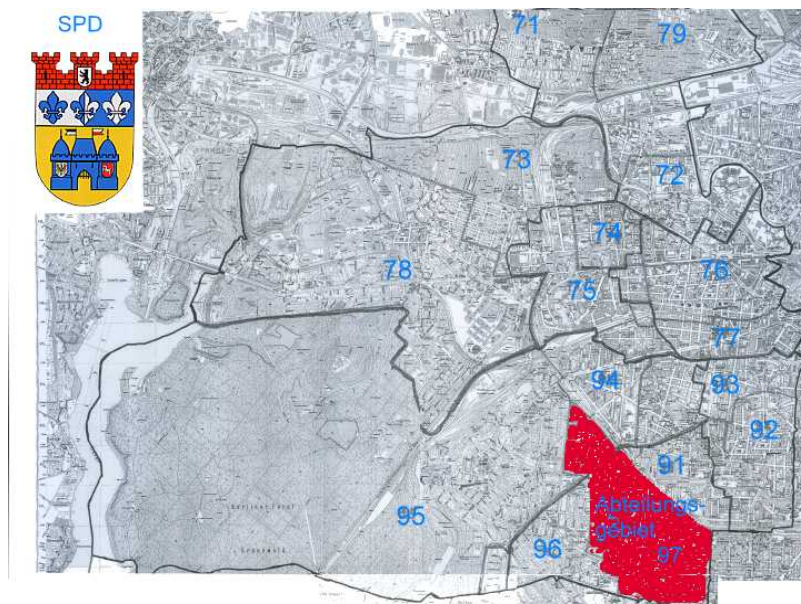


Der Rote Wilmersdorfer Süden

INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER



INHALT:

Auf ein Wort

Bericht von der Mitgliederversammlung am 3. Mai 2016

Bericht von der Jahreshauptversammlung am 7. Juni 2016

Bericht von den Landesparteitagen vom 30. April und 27. Mai 2016

Ludwig-Barnay-Platz: Anwohneranregung erfolgreich umgesetzt

Termine und Impressum

Auf ein Wort

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit den Landesparteitagen vom 30. April 2016 und 27. Mai 2016 hat die Berliner SPD die Weichen für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2016 gestellt. Michael Müller ist unser Spitzenkandidat und mit dem verabschiedeten Regierungsprogramm für die nächste Legislaturperiode liegt ein umfassendes und anspruchsvolles Programm vor, mit dem wir uns im kommenden Wahlkampf sehen lassen können. Über beide Landesparteitage berichten wir auch in diesem RWS.

Wir stehen in diesem Wahlkampf vor großen Herausforderungen. Auch wenn die Berliner SPD bei den aktuellen Umfragen unverändert die stärkste Partei ist, haben wir noch deutlich „Luft nach oben“, um uns von den übrigen Parteien abzusetzen. Zwar liegt die CDU - auch dank ihres Spitzenkandidaten - gegenwärtig deutlich hinter der SPD, doch können die Grünen Aufwind vermelden. Besorgniserregend sind die aktuellen Umfrageergebnisse der AfD, die mit ihren rechtspopulistischen Phrasen auf Stimmenfang gehen. Dies darf ihnen aber weder in unserem Wahlkreis, noch in unserem Bezirk und ebenso wenig in Berlin gelingen. Wir sind eine weltoffene und tolerante Stadt und wollen dies auch mit einem klaren Wahlergebnis für die demokratischen Parteien und natürlich insbesondere für die SPD unterstreichen.

Hierzu werden wir in den nächsten Wochen verstärkt an unseren Info-Ständen und bei Hausbesuchen ebenso Präsenz zeigen wie auf zahlreichen Veranstaltungen. Dabei werden wir nicht nur die landesweiten Themen im Auge haben, sondern uns auch besonders um die Themen im Kiez kümmern. Über ein gutes Beispiel können wir in diesem RWS berichten.

Wichtig ist es uns, von Euch die Themen und Anregungen für die kieznahe Politik benannt zu bekommen. In einem Mitgliederbrief an die Genossinnen und Genossen der drei in unserem Wahlkreis liegenden Abteilungen habe ich meine Kontaktdaten mitgeteilt.

Die Bezirkspolitik im Zeichen der Wahl, mit einer Bilanz und einem Ausblick war daher auch Thema mit Holger Wuttig, SPD Fraktionsvorsitzender der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf auf unserer Mitgliederversammlung am 7. Juni 2016, über die wir ebenfalls berichten.

Auf unserem traditionellen Kiez-Fest auf dem Rüdeshheimer Platz am 18. Juni 2016, 14.30 Uhr bis 18.30 Uhr, besteht eine gute Möglichkeit, mit unseren Mitgliedern im Senat, Abgeordnetenhaus, Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung ins Gespräch zu kommen. Ich freue mich, Euch als Kandidat für unseren Wahlkreis dort begrüßen zu können.

Wir werden einen guten und engagierten Wahlkampf führen. Dazu bitte ich um Eure Unterstützung.

Ich wünsche Euch und Euren Angehörigen eine schöne Sommerzeit.

Herzlichst

Euer

Florian Dörstelmann

Bericht von der Mitgliederversammlung am 3. Mai 2016

Die Ausrichtung der SPD im Hinblick auf die Abgeordnetenhauswahlen

Da das vorgesehene Thema „Integration – Schlüsselthema für die Zukunft unserer Gesellschaft“ wegen der Verhinderung des vorgesehenen Referenten Ehrhart Körting kurzfristig abgesagt werden musste, hat sich die Mitgliederversammlung mit der Ausrichtung der SPD im Hinblick auf die Abgeordnetenhauswahlen am 18. September 2016 und den Ergebnissen des Landesparteitages vom 30. April 2016 beschäftigt.

Zur Situation der SPD vier Monate vor der Abgeordnetenhauswahl wurden in der Diskussion insbesondere die folgenden Themen angesprochen:

- Die bisherigen Themen, insbesondere der Wohnungsbau und die Schaffung bezahlbarer Mieten sind unverändert relevant.
- Die Problembereiche: Berliner Verwaltung mit dem LaGeSo und den Bürgerämtern sowie die desolade Infrastruktur, z.B in den Schulen, aber vor allem auch das Desaster am BER belasten die Arbeit des Senats und werden letztlich auch der SPD negativ angelastet, obwohl gerade für das LaGeSo und auch die landesweite Steuerung der Bürgerämter CDU-Senatoren verantwortlich zeichnen. Das gilt auch für das fehlende qualitative Personalentwicklungskonzept, das der Innensenator bisher nicht vorgelegt hat.
- Problematisch ist natürlich die Personalsituation in den Bezirken und den großen bürgernahen Landesbehörden. Dennoch wurde grundsätzlich der Konsolidierungskurs ab 2002 als notwendig angesehen. Jetzt muss allerdings auch angesichts der wachsenden Stadt und des wegen des altersbedingten Ausscheidens beim Personal umgesteuert werden.
- Ein besonderes Thema bleibt die Flüchtlingsdiskussion, die uns bis zur Wahl begleiten wird. Auch wenn gegenwärtig die Flüchtlingszahlen ein wenig rückläufig sind, stehen wir jetzt vor der Problematik der Integration. Darüber hinaus lassen sich – wenn auch manchmal diffuse – Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung wegdiskutieren. Hierauf müssen wir auch im Wahlkampf eine Antwort finden; denn die AfD wird bis zur Wahl voraussichtlich stabil, jedenfalls über 5%, bleiben – danach wird sich zeigen, ob sie dauerhaft Themen besetzen kann.
- Nicht nur in der Flüchtlingsfrage, sondern auch darüber hinaus gibt es in Berlin – ähnlich wie in anderen Bundesländern, aber auch europäischen Staaten und den USA - offensichtlich ein erhebliches Protestpotenzial in der Gesellschaft, auf die wir als SPD eine Antwort finden müssen. Ständig wechselnde Strategien sind da keine gute Lösung, vielmehr hat gerade das Beispiel von Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz gezeigt, dass Standhaftigkeit vom Wähler honoriert wird.
- Trotz aller Wahlprognosen der Demoskopen sind die Voraussetzungen für SPD in Berlin unverändert gut, wieder stärkste Partei zu werden. Allerdings gibt die Bundespartei gibt gegenwärtig wenig Rückenwind.
- Nach Auffassung der Mitglieder ist die Fortsetzung der bisherigen Koalition angesichts der schwachen Leistungen des Koalitionspartners und seines Führungspersonals nur sehr bedingt wünschenswert, allerdings ist auch eine Dreier-Koalitionen eher problematisch. Sie ist aber nicht auszuschließen, da nach dem zu erwartenden Einzug der AfD und einem Wiedererstarken der FDP mit einem Sechs-Parteien Parlament zu rechnen ist.

Insgesamt haben die Mitglieder die aktuelle Lage als sehr schwierig eingeschätzt. Sie erfordert für den Wahlkampf noch eine große Anstrengung aller, um den Wahlkreis für die SPD zu gewinnen.

Bericht von der Mitgliederversammlung am 7. Juni 2016

„Bezirkspolitik im Zeichen der Wahl – Bilanz und Ausblick“
Referent: Holger Wuttig, BVV- SPD Fraktionsvorsitzender

Udo Rienaß begrüßte in Abwesenheit von Florian Dörstelmann, der sich gemeinsam mit Constanze Röder auf einer zeitgleich stattfindenden Bürgerversammlung befand, Holger

Wuttig, der als SPD-Fraktionsvorsitzender in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf eine Bilanz über die Bezirkspolitik der letzten 5 Jahre zog und zugleich einen Ausblick für die kommende Wahlperiode gab. Mit dieser Veranstaltung folgte die Abteilung der beschlossenen Tradition, sich zweimal jährlich mit kommunalpolitischen Themen zu befassen.

Holger Wuttig wies eingangs darauf hin, dass in Kürze das von der Kreisdelegiertenversammlung beschlossene Kommunale Wahlprogramm des Bezirks als Broschüre zur Verfügung steht und dann als gutes Informationsmaterial sowohl für die Mitglieder als auch an den Info-Ständen genutzt werden kann. In seiner Bilanz schlug er einen Bogen von den Erfolgen der letzten 5 Jahre bis zu den Dingen, die leider nicht erreicht werden konnten und zeigte zugleich die sich hieraus ableitenden Herausforderungen auf.

Ein besonderer Schwerpunkt dieser Wahlperiode lag in der Baupolitik und Stadtentwicklung im Bezirk. Gerade die verantwortlichen Bezirkspolitiker standen dabei vor großen Herausforderungen, weil sich zunehmend – nicht nur im Bezirk – bei den Bürgerinnen und Bürgern die Auffassung breit macht, wir brauchen zwar bezahlbaren Wohnraum bei uns in der Stadt, aber nicht in unserer Nachbarschaft. Ein prominentes Beispiel war die Auseinandersetzung um die Teilbebauung der Kolonie Oeynhausen in unserem Abteilungsgebiet. Der Bezirk und vor allem die BVV können hier nur einen Interessensausgleich herbeiführen, zumal es sich bei den streitbefangenen Geländen häufig um Privateigentum handelt, bei dem die kommunalen Einflussmöglichkeiten äußerst gering sind.

Dennoch ist es durch Initiative der SPD-Fraktion in der BVV gelungen, in Verhandlungen mit dem Eigentümer Vonovia einen Kompromiss zu erzielen und für 180 Wohneinheiten im Bereich Orber- und Charlottenbrunner Straße die durch Modernisierungsmaßnahmen bedingte Steigerung der Betriebskosten zu halbieren. Auch für die Nachverdichtung im Bereich der Cornelsenwegwiese wird mit dem Privateigentümer ein Kompromiss gesucht.

Bezirklicher Gestaltungsrahmen besteht dagegen für das ehemalige Reemtsma-Gelände an der Mecklenburgischen Straße. Hier plädiert die SPD für eine Neuordnung, die sowohl eine gewerbliche Nutzung als auch eine Wohnbebauung vorsehen soll.

Probleme gibt es nach Aussagen von Holger Wuttig für die Bewohnerinnen und Bewohner am Südring, weil die Deutsche Bahn wieder verstärkt den Güterverkehr über den Innenring und somit die Innenstadt leiten will. Dies führt eindeutig zu einer Lärmbelästigung. Mit diesem Thema werden sich auch alle Wahlkreiskandidaten aus Charlottenburg-Wilmersdorf befassen.

Weitere Themen, die Holger Wuttig ansprach, waren die Sanierung des Gebietes Halemweg/Paul-Herz-Siedlung aus dem Stadtumbau West, die von Senator Geisel geforderte Wiedereröffnung des Bahnhofes Zoo für den Fernverkehr (ICE, IC) und der Bau eines neuen Jugendfreizeitheims im Ruhwaldpark (Charlottenburg-Wilmersdorf ist dennoch weiterhin mit Jugendeinrichtungen unterversorgt und belegt einen letzten Platz in Berlin).

Nicht geschafft und insbesondere in der kommenden Wahlperiode anzugehen sind nach Aussage von Holger Wuttig

- die Bekämpfung der Drogenproblematik entlang der Linie U 7 von der Berliner Straße bis zum U-Bahnhof Jungfernheide. Hier gibt es mit der CDU einen Dissens in der Herangehensweise
- die Personalgewinnung und –entwicklung im Bezirk
- funktionierende Bürgerämter
- Abbau der Wartezeiten in der Verwaltung
- schärfere Verfolgung der Zweckentfremdung von Wohnraum
- Ausbau der Kita-Plätze
- Anpassung der Infrastruktur an die älter werdende Gesellschaft sowie

- Schaffung bezahlbaren Wohnraumes, z.B. durch Verdichtung, Ausbau von Dachgeschossen und Aufstockung von Flachbauten. Dieses wird sich allerdings schwierig gestalten, und zwar einerseits wegen der Eigentumsverhältnisse und andererseits wegen der Aktivitäten der institutionalisierten Wutbürger.

Abschließend beschrieb Holger Wuttig die Zusammenarbeit mit den Grünen, dem Partner in der bezirklichen Zählgemeinschaft. Nach seiner Einschätzung klappt die Zusammenarbeit in den gesellschaftspolitischen Themen nahezu zu 90 % gut, problematisch ist die Zusammenarbeit dagegen bei baupolitischen Themen. Hier ist die Zusammenarbeit mit der CDU besser. Seit Mai 2016 ist nach einem Jahr auch mit Oliver Schruoffeneger wieder das von den Grünen zu benennende Stadtratsmandat besetzt, sodass das Bezirksamt in den kommenden Monaten vollzählig die anstehenden Arbeiten verrichten kann.

Mit Sorge betrachtet Holger Wuttig die Entwicklung um die AfD, hier gilt es alle Anstrengungen zu unternehmen, dass diese Partei in Charlottenburg-Wilmersdorf nicht so viele Stimmen erlangt, um ein Bezirksamtsmitglied stellen zu können. Ziel für uns muss es sein, dass die SPD stärkste Fraktion in der BVV wird und mit Reinhard Naumann wieder den Bezirksbürgermeister stellt.

In der Diskussion wurden die folgenden Punkte angesprochen:

- Erhalt der Kudamm-Bühnen. Hier gibt es Probleme mit dem Eigentümer, der nicht so klar erkennbar ist. Allerdings gibt es auch eine verbindliche Beschlusslage der BVV, die nach einem Kompromiss den Erhalt eines Theaters am Standort vorsieht. Gegenwärtig kommen – auch aus der Landesebene – wieder Forderungen nach 2 Bühnen an diesem Standort. Dies wäre jedoch ein baurechtliches Problem.
- Wutbürger versus repräsentative Demokratie. Von den anwesenden Genossinnen und Genossen wurde eine stärkere aktive inhaltliche und methodische Auseinandersetzung mit der „Diktatur der Partikularinteressen“ gefordert, die häufig jedes Gemeinwohnteressense in einer Solidargemeinschaft vermissen lässt. Dazu gehört auch, die Notwendigkeit des Interessenausgleichs durch die Volksvertreter in einer repräsentativen Demokratie aufzuzeigen. Mit Sorge wird dabei der gegenwärtige Trend – auch in der Presse – gesehen, die Leistungen der Politik, hier speziell aber der SPD, schlecht zu schreiben und positive Ergebnisse zu negieren. Damit wird auch der Boden für die Populisten bereitet, die einfache Lösungen versprechen, aber die Komplexität der Umsetzung leugnen.
- Verbesserung der Verwaltungsabläufe durch Digitalisierung. Udo Rienaß verwies dabei auf das gerade vom Abgeordnetenhaus verabschiedete E-Government-Gesetz des Landes Berlin, das nach seiner Ansicht aber 3 bis 4 Jahre zu spät kommt, zumal es schon in der letzten Legislaturperiode einen entsprechenden Gesetzesentwurf gegeben hat.

Abschließend informierten Constanze Röder und Florian Dörstelmann über die Bürgerversammlung in der Kreuzkirche, an der ca. 200 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen haben und die in einem neuen Bürgerbegehren in Charlottenburg-Wilmersdorf erreichen wollen, dass im Bezirk keine Freiflächen, Grünanlagen und Kleingärten bebaut werden. Unabhängig davon, dass ein Ergebnis des Bürgerbegehrens keine rechtliche Bindung hat, ist dies dennoch nicht unproblematisch, da bei einem Erfolg wieder der Politikerverdross gestärkt würde.

Die Berliner SPD hat auf zwei Landesparteitagen die personellen und inhaltlichen Weichen für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin am 18. September gestellt.

Turnusmäßig standen auf dem Landesparteitag am 30. April die Wahlen zum neuen Landesvorstand sowie die Nominierung des SPD-Spitzenkandidaten auf dem Programm. Dem waren interne Personaldebatten über Veränderungen bei den Stellvertreterpositionen und bei der Position der Landeskassiererin vorausgegangen.

Mit Andreas Geisel, als stellvertretender Landesvorsitzender und mit Angelika Schöttler, als Landeskassiererin, zwei Vertraute von Michael Müller neu in den Landesvorstand gewählt werden.

Den Paukenschlag setzte Michael Müller dann selbst noch, mit der für viele überraschenden öffentlichen Ankündigung seiner eigenen Kandidatur zum Landesvorsitz.

Noch vor dem Landesparteitag verzichtete Jan Stöß auf eine erneute Kandidatur zum Landesvorsitzenden im Interesse der Gesamtpartei, um eine Auseinandersetzung und kontroverse Personaldebatte um den Landesvorsitz auf dem Landesparteitag zu vermeiden.

Unter diesen Prämissen erhielt Michael Müller mit 82 % ein gutes respektables Ergebnis und ist wieder Landesvorsitzender der SPD.

Bei der Wahl der Stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden folgende Ergebnisse erzielt: Andreas Geisel (81%); Barbara Loth (87%), Mark Rackles (90 %) und Iris Spranger (75%). Angelika Schöttler wurde mit 68 % zur neuen Landeskassiererin gewählt.

Der SPD-Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf ist im Landesvorstand weiter mit 3 Personen vertreten; wiedergewählt als Beisitzerinnen wurden Barbara Scheffer und Frank Jahnke sowie Christian Gaebler als Kreisvorsitzender.

Nach den Wahlen zum Landesvorstand wurde Michael Müller bei nur einer Gegenstimme zum Spitzenkandidaten der Berliner SPD nominiert.

Am 27. Mai wurde der Diskussionsprozess um ein Wahlprogramm abgeschlossen.

Das Regierungsprogramm 2016-2021 für ein solidarisches Berlin wurde einstimmig beschlossen.

Zuvor beschrieb Michael Müller in seiner Rede die inhaltlichen Schwerpunkte des Programms für eine solidarische Stadt.

Dabei stellte er zunächst die erfolgreiche Bilanz der letzten 15 Jahre heraus.

Mit dem vollzogenen Mentalitätswechsel in der Finanzpolitik sei es gelungen, wieder Spielräume für Investitionen zurückgewonnen zu haben. In der Bildungspolitik gäbe es ein ausgebautes Ganztagsangebot und die Gemeinschaftsschule sei umgesetzt worden.

Auch in der Arbeitsmarktpolitik sei Berlin vorangekommen.

„Wir können selbstbewusst auf Erfolgreiches zurückblicken, aber im Vordergrund steht die Zukunft“, betonte Müller.

Dabei gehe es aber auch darum besser zu werden in der Umsetzung und Geschwindigkeit auf Landes- und Bezirksebene.

Bei einem jährlichen Zuwachs von 40.000 Menschen, muss die Infrastruktur einer Kleinstadt neu organisiert werden.

Müller stellte 3 Ziele in den Mittelpunkt, für die die SPD kämpft:

- Die Erhöhung der Zahl der städtischen Wohnungen um 100.000; dabei sollen die vorhandenen Mittel für bezahlbare Mietwohnungen ausgegeben werden
- Schulsanierung aller Schulen in den nächsten 10 Jahren
- Abschaffung der Obergrenze für Beschäftigte im öffentlichen Dienst; denn eine wachsende Stadt brauche eine wachsende Verwaltung

Es gehe um gutes Zusammenleben, um die Freiheit, wie man leben möchte.

Berlin ist tolerant und weltoffen.

Müller warnte davor am 18. September mit der Stimme zu spielen.

„Wer Rechtspopulisten unterstützt, schadet der Stadt.“

„Solange ich Regierender Bürgermeister dieser Stadt bin, wird Berlin sozial, frei und erfolgreich bleiben.“

Michael Müller rief alle 17.000 Mitglieder dazu auf, für unsere Überzeugungen und unsere Ziele zu streiten.

Die SPD braucht am 18. September ein klares Mandat.

Der Wahlkampf hat begonnen!

Constanze Röder



Ludwig-Barnay-Platz: Anwohneranregung erfolgreich umgesetzt

In unserer öffentlichen Mitgliederversammlung am 5. April 2016 haben Mitglieder und Anwohner der Künstlerkolonie den schlechten Zustand des Ludwig-Barnay-Platzes mit dem Gedenkstein für die im Dritten Reich politisch Verfolgten der Künstlerkolonie beklagt. Constanze Röder, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf (BVV) und Kandidatin aus unserem Kiez für die Wahlen zur nächsten BVV hatte zugesagt, sich darum zu kümmern und die folgende Anfrage an das Bezirksamt gerichtet:

„Gestaltung Ludwig-Barnay-Platz als würdigen Gedenkort

1. Ist dem Bezirksamt bekannt, dass Anwohnerinnen und Anwohner das derzeitige Erscheinungsbild des Ludwig-Barnay-Platzes zunehmend als „verwahrlost“ empfinden, gerade auch im Bereich des Gedenksteins „Mahnmahl für die politisch Verfolgten der Künstlerkolonie“?
2. Welche Möglichkeiten sieht das Bezirksamt, den Ludwig-Barnay-Platz so zu gestalten, dass er auch als Erholungs- und Erinnerungsort erlebbar wird?“

Das Bezirksamt hat unverzüglich auf diese Anfrage reagiert und zwischenzeitlich den Platz vom Müll befreit, nicht gewünschten Wildwuchs entfernt, Sträucher in Form gebracht sowie den kaputten Jägerzaun am Spielplatz entfernt.

Wir freuen uns, dass diese Anregung aus unserer Mitgliederversammlung im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner der Künstlerkolonie so zügig umgesetzt werden konnte.

Constanze Röder als Kandidatin für die BVV und Florian Dörstelmann als Direktkandidat in unserem Wahlkreis für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2016 setzen sich für die Probleme und Anliegen in unserem Kiez ein.

Termine und Impressum

Unsere nächsten Veranstaltungen:

Tagungsort: Restaurant Prometheus, Schlangenbader Straße 16

Achtung: Wegen der Fußball EM geänderter Termin:

Dienstag, 28. Juni 2016, 19.30 Uhr

Jour Fixe

Dienstag, 12. Juli 2016, 19.00 Uhr

Abteilungsvorstand

19.30 Uhr

Mitgliederversammlung zur Wahlkampfzubereitung

Im August startet die heiße Phase des Wahlkampfes und es findet keine reguläre Mitgliederversammlung statt. Zu Veranstaltungen, Info-Ständen und Wahlkampffaktivitäten wird gesondert eingeladen.

Kiez-Fest auf dem Rüdeshheimer Platz



Samstag, 18. Juni 2016, 14.30 bis 18.30 Uhr

Impressum:

V.i.S.d.L.P.: Florian Dörstelmann, SPD Landesverband Berlin

Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf
Abteilung 97
www.wilmersdorf-sued.de

Redaktion:

Florian Dörstelmann (V.i.S.d.L.P.)
Udo Rienaß